

Statement

— **Stefan Körzell**

Geschäftsführender Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

— **Jahrespressekonferenz**

Berlin, 23. Januar 2023

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Dieses Jahr muss das Jahr der Verteilungsgerechtigkeit werden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass dieses Thema immer stärkere Beachtung findet:

Die Wirtschaftsweisen haben in ihrem Jahresgutachten erstmals vorgeschlagen, Top-Verdienende stärker an der Finanzierung der Krisenkosten zu beteiligen.

Die SPD wird eine Kommission für ein neues steuer- und finanzpolitisches Konzept einsetzen. Wir erwarten, dass auch andere Parteien sich diesem Thema verstärkt widmen.

Unter den Krisen der vergangenen Jahre haben Menschen mit geringen und mittleren Einkommen besonders gelitten. Auch die hohe Inflation trifft nicht alle gleich.

Wer wenig verdient und einen Großteil des Einkommens für Grundbedürfnisse ausgibt, muss jetzt wirklich jeden Euro umdrehen. Das muss auch die Mindestlohnkommission berücksichtigen, die sich in den kommenden Monaten mit der nächsten Anpassung beschäftigt. Maßstab muss hier die in der EU-Mindestlohnrichtlinie festgelegte Größe von 60 Prozent des Medianeinkommens und die Kaufkraftsicherung sein.

Ja, die Entlastungspakete der Bundesregierung helfen. Wir wissen aber auch, dass es hier Ungenauigkeiten gibt. Uns war wichtig, dass die Entlastungen schnell greifen, auch wenn das möglicherweise zu Lasten der Zielgenauigkeit ging. Hinzu kommt, dass der Staat sich in den kommenden Jahren massiv engagieren muss. Wir müssen vorankommen mit der Energiewende, mit einer klimaneutralen Industrie, mit dem Ausbau von Ladestationen, ÖPNV und Radwegen.

Der Staat muss investieren:

- in eine erfolgreiche Transformation der Industrie und der Arbeitswelt, die zugleich für gute, tarifgebundene Arbeit sorgt.
- in die Erneuerung der maroden Infrastruktur.
- in Bildung, Soziales.

Klar ist auch, dass wir zusätzliches, gut bezahltes Personal in der Pflege, in Planungsbehörden und im Öffentlichen Dienst insgesamt brauchen.

Auch das Thema Wohnen hat an Brisanz nicht verloren. Die Lage auf dem Mietwohnungsmarkt hat sich längst nicht entspannt. Das wissen Sie. Im letzten Jahr wurden ca. 20.000 Sozialwohnungen gebaut. Geplant waren 100.000. Die Politik muss jetzt das Ruder herumreißen und freie Baukapazitäten nutzen, um das Ziel der 100.000 Neubau-Sozialwohnungen in diesem Jahr zu erreichen. Ohne Wohnraum, ohne ausreichend sozialen Wohnungsbau steht der soziale Zusammenhalt auf der Kippe.

Wie all dies finanziert, werden kann, dazu hat der DGB Vorschläge gemacht. Entsprechend werden wir uns in die anstehenden Debatten einbringen.

Um die staatliche Einnahmehasis zu stärken, ist es jetzt an der Zeit die wirklichen Spitzenverdiener und insbesondere Vermögende in die Pflicht zu nehmen: Durch eine Wiedererhebung der ausgesetzten Vermögensteuer. Sie sollte 1 Prozent für Vermögen oberhalb einer Million Euro bei Singles betragen. Für größere Vermögen sollen höhere Steuersätze gelten bis zu einem Höchststeuersatz von zwei Prozent ab einem Vermögen von mehr als einer Milliarde Euro. Außerdem sprechen wir uns angesichts der aktuellen Krisenlasten für eine zusätzliche einmalige Vermögensabgabe aus.

Auch die Erbschaftsteuer muss gerechter werden. Es kann nicht sein, dass reiche Unternehmenserben weitgehend von der Erbschaftsteuer verschont werden.

Und generell sollten Kapitalerträge wieder höher besteuert werden. Es ist vollkommen inakzeptabel, wenn für Arbeit höhere Steuersätze fällig sind als für den Handel mit Aktien und Derivaten.

Und auch unser Vorschlag zur Entlastung von 95 Prozent der Einkommenssteuer-Zahler liegt seit langem vor.

Abschließend noch folgendes: Neben den von Yasmin Fahimi genannten Anforderungen bei der Stromerzeugung bleibt es natürlich wichtig, die nötige Infrastruktur für den Stromtransport zu schaffen. Ohne diesen Ausbau gelingt das Vorhaben der CO₂-freien Produktion nicht.

Darüber hinaus braucht es für die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft natürlich auch industriepolitische Instrumente wie etwa Klimaschutzverträge oder einen staatlichen Transformationsfonds zur Absicherung privater Investitionen. Uns ist dabei wichtig, dass die Unternehmen solche Maßnahmen nur in Anspruch nehmen können, wenn sie Standards der Tarifbindung und der Standort- und Beschäftigungsentwicklung einhalten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!